

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 80 38/39  
Telex: 06 86 846-48 ppbn d

## Inhalt

Egon Franke MdB, Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, würdigt das 25jährige Bestehen des Kuratoriums Unteilbares Deutschland.  
Seite 1/2

Karl-Arnold Eickmeyer MdB erläutert Gedanken über den Fortgang der Entspannungsbemühungen in Mitteleuropa nach dem Abschluß von SALT II.  
Seite 3/4

Gert Weißkirchen MdB erwidert den CDU/CSU-Bildungssprechern Pfeifer und Rühle: Alles spricht für die Gesamtschule.  
Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

34. Jahrgang / 111

13. Juni 1979

Selbstbestimmung und Anspruch auf Einheit

Seit 25 Jahren Kuratorium Unteilbares Deutschland

Von Egon Franke MdB

Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen

Der Initiator und damit Gründer des Kuratoriums Unteilbares Deutschland war Jakob Kaiser, von 1949 bis 1957 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen. Mit dem Kuratorium ist es ihm ergangen, wie es manchem Initiator und Gründer ergeht: Seine ursprüngliche Idee hat sich, kaum daß sie Gestalt annahm, verändert und ist zu etwas anderem geworden, als ihm ursprünglich vorschwebte. Kaiser wollte eine Volksbewegung. Eine solche aber ist die Einrichtung, die dann die Bewichtung Kuratorium annahm, nie gewesen.

Gleichwohl würde Jakob Kaiser wohl mit der tatsächlichen Funktion einverstanden sein, die seine Gründung seit nunmehr gut zwei Jahrzehnten wahrnimmt. Das Kuratorium ist vor allem ein Resonanzboden für das ernsthafte Miteinander-Nachdenken und -Sprechen der demokratischen Kräfte dieses Landes über das Problem der deutschen Teilung. Seine eigentliche Bestimmung ist, als Institution dazu beizutragen, daß der westeuropäische und nationale Grundkonsens in der Bundesrepublik Deutschland erhalten bleibt.

Die Gründung des Kuratoriums Unteilbares Deutschland im Jahre 1954 steht ohne Zweifel in direktem Zusammenhang mit den Hauptthemen jener Jahre, mit der Wiederbewaffnung und der Integration der Bundesrepublik Deutschland und der Bedeutung dieser Vorgänge für die deutsche Frage. Viele davon wollten nicht wahrhaben, daß sie sich vor allem mit dem Ziel richteten, das westliche Verteidigungsbündnis auf unabsehbare Zeit auch gegen die staatliche Einheit entschieden. Sie wollten es tausendmal nicht wollen, aber es war so.

In der zeitgeschichtlichen Forschung besteht Übereinstimmung darin, daß Konrad Adenauer sich der Tragweite dieser Entscheidungen vollauf bewußt war, daß er die Dinge ohne Illu-

sionen sah; nicht zu Unrecht werden ja sein Realismus und seine Nüchternheit gerühmt. Als Realist hegte der damalige Bundeskanzler über die lange zeitliche Dauer des status quo der Teilung Deutschlands und Europas keinen Zweifel.

Wenn Adenauers Realismus nicht unehrenhaft war, so war es nicht weniger ehrenhaft, vor den Konsequenzen seiner Politik zurückzusehen. Gerade diejenigen, die sich nichts vormachten, die den inneren Konsequenzen der Adenauerschen Politik ins Gesicht sahen, sie suchten nach Auswegen, um dem tragischen Dilemma zu entgehen, um das vielleicht Unmögliche doch noch zu erreichen: Freiheit, Verbundenheit mit dem Westen und Einheit. Doch all diese verzweifelten Anstrengungen waren gegenstandslos, nachdem der Standort der Bundesrepublik Deutschland - und auch der Deutschen Demokratischen Republik - unwiderruflich vertraglich festgelegt war. Von nun an bildete, wie Herbert Wehner am 30. Juni 1960 für die SPD im Deutschen Bundestag erklärte, die Zugehörigkeit der Bundesrepublik zum atlantischen und europäischen Vertragssystem "Grundlage und Rahmen" der Außen- wie der Deutschlandpolitik jeder möglichen Bundesregierung.

Daran hat sich bis heute nichts geändert. Daran haben auch die neue Deutschland- und Ostpolitik seit 1969 nichts geändert. Im Gegenteil, wenn man genau hinsieht, wird man erkennen, daß die außenpolitische Revision von 1969 ganz wesentlich mitveranlaßt war durch die Notwendigkeit, uns und unsere Bündnispartner von bestimmten Positionen und Dogmen zu entlasten. Wir brauchen und genießen das Verständnis unserer Bündnispartner für die Verantwortung, die wir für die Berliner und für die Deutschen in der DDR tragen und wahrzunehmen haben.

Der Historiker Hermann Heimpel hat gesagt, das Wort "unteilbares Deutschland" bezeichne keine historische Notwendigkeit, sondern ausschließlich unseren Willen.

Hier sprachen die historische Erfahrung, das geschichtliche Wissen. Länder, Völker, Nationen sind sehr wohl teilbar. Da waltet keine objektive Zwangsläufigkeit, die das Getrennte wieder zusammenfügt.

Andererseits, es treibt uns auch kein blinder, dunkler Drang, die Einheit um jeden Preis zu suchen und zu vollziehen. Diese als Anspruch und Ziel ist und bleibt vielmehr unserem bewußten und freien Willen anheimgegeben, also auch unseren Wertentscheidungen. Erinnert sei hier an die Feststellung des Bundeskanzlers zum 17. Juni 1977 im Deutschen Bundestag. Er sagte, Nationalstaatlichkeit, "wenn ohne Freiheit und Demokratie" stelle noch "keinen Wert an sich" dar. In dieser Haltung, so glaube ich, sind sich alle demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland einig. Das gilt auch für das Kuratorium Unteilbares Deutschland.

Daß der Nationalstaat, wenn ohne Freiheit und Demokratie, noch keinen Wert an sich darstellt, diese Überzeugung schließt die Wertentscheidung für Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung ein. Diese Wertentscheidung mindert nicht unseren Willen, an dem Anspruch unserer Nation auf Einheit festzuhalten. Wohl aber erhält unser Anspruch auf Einheit durch sie erst seinen eigentlichen Sinn und Inhalt.

Mit anderen Worten: Wir halten an dem Anspruch auf Einheit fest, um den Anspruch, das Recht aller Deutschen auf Selbstbestimmung offen zu halten. Die Ermöglichung der freien Selbstbestimmung ist das eigentliche Ziel unserer nationalen Bestrebungen. Unser Ziel ist zugleich ein demokratisches und ein friedliches. Denn im Unfrieden, unter Zwang, kann Selbstbestimmung, die des eigenen Volkes und zugleich die anderer Völker, nicht sein.

(-/13.6.1979/ks/ca)

+ + +



SALT - und wie geht es weiter?  
-----

## Zur Zukunft von Entspannungsbestrebungen in Mitteleuropa

Von Karl-Arnold Eickmeyer MdB

Mitglied im Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages

Unser politisches Ziel muß es sein, Militärpotentiale zwischen den Blöcken abzubauen oder zumindest wirksam zu begrenzen. Und das ist auch gut so! Solange am Verhandlungstisch die Waffen nur rhetorisch gegeneinander gerichtet werden, solange auf dem Papier und nicht auf dem Schlachtfeld die Armeen gegeneinander aufmarschieren und solange die schrecklichen Waffen ungenutzt bleiben, die mit Abkürzungen und Fachausdrücken gekennzeichnet sind, die dem Laien beinahe ebenso rätselhaft sind, wie die der Verhandlungen, die sie begrenzen sollen, solange können auch wir in Westeuropa ziemlich sicher sein, daß Krieg, Zerstörung und menschliches Leid uns nicht ins Haus stehen.

Die Frage aber ist: Wie soll es weitergehen? Wird es einen unaufhörlichen Wettlauf geben zwischen den Politikern, die sich am Verhandlungstisch gegenüber sitzen, und den Ingenieuren, die immer neuere, zielgenauere, raffiniertere Waffen mit immer größerem Vernichtungspotential erfinden?

Kommt eines Tages SALT  $\infty$  (= unendlich)?

Institutionalisierte Verhandlungsweisen soll man gewiß nicht leichtfertig in Frage stellen oder sogar aufs Spiel setzen. Die Tatsache, daß es SALT und MBFR-Gespräche gibt, feste Plattformen, auf denen zwischen den Blöcken unterschiedliche Positionen dargelegt, verteidigt, modifiziert oder auch fallengelassen werden, ist beruhigende Gewißheit. Müssen wir Europäer - meinetwegen: wir Deutsche an der Nahtstelle zwischen Ost und West - uns nicht fragen: "Wenn militärisch unsere Interessen fest und unerschütterlich in die NATO einbezogen sind, sollten wir Europäer uns dann nicht doch politisch verstärkt für die Darstellung unserer gemeinsamen Verhandlungsposition interessieren, um wirksam zu verhindern, daß unsere gemeinsamen Anliegen eines Tages unter Umständen "hinten 'runterfallen'"?

Ich kann das empörte Geschrei ob solcher Gedanken schon beinahe hören: Da sieht man es einmal wieder, die Sozialdemokraten sind doch unsichere Kantonisten in der NATO. Dabei trifft das den Kern dessen, was ich sagen will, überhaupt nicht, denn wir müssen



folgendes bedenken:

1. Das Echo selbst in den Vereinigten Staaten auf die kurz vor der Unterzeichnung stehenden Verhandlungsergebnisse von SALT II macht deutlich, wie umstritten SALT II dort ist. Präsident Carter wird alle Mühe haben, selbst diese für uns nicht einmal denkbar günstigsten Verhandlungsergebnisse durch den amerikanischen Senat zu bringen.
2. SALT II ist im Verhältnis zu SALT I sehr viel komplizierter geworden. Die Verhandlungsgegenstände werden aber auch in Zukunft nicht einfacher, sondern eher noch schwieriger werden.
3. Verhandlungsgegenstände, die über SALT bisher nicht erfaßt wurden, betreffen vor allem für uns hier in Mitteleuropa wichtige Problemkreise. Als Stichwort steht der Begriff "Grauzonenwaffen" - Waffen, die von der Sowjetunion vor allem auf Westeuropa gerichtet werden können, die die USA also nicht direkt bedrohen.

Die Bedeutung dieser Überlegungen muß sowohl im politischen wie im militärischen Bereich analysiert werden. Militärisch ist da alles klar: Der Bedrohung durch sowjetische Mittelstreckenraketen (Grauzonenwaffen) sollte eine möglichst entsprechende Waffe auf europäischem Boden entgegengesetzt werden. In diesem Sinne verstehe ich die Äußerung unseres Verteidigungsministers, nach der ihn nicht die Motive der Rüstung, wohl aber deren Potentiale interessieren.

Die Frage ist, ob das auch politisch unsere Richtschnur sein muß. Ich möchte das bezweifeln. Ein solches bloßes Aufrechnen von Waffensystemen dient sicher nicht dem erklärten Ziel sozialdemokratischer Politik, nämlich den Frieden durch Abrüstung zu sichern.

Politisch müssen wir fragen:

- o Welche Position haben wir, die Europäer, im Prozeß der SALT-Verhandlungen?
- o Wie definieren wir vor dem Hintergrund von SALT unser politisches Verhältnis zu den Vereinigten Staaten?
- o Müssen wir nicht befürchten, daß die USA die SALT-Verhandlungen letztendlich nur deswegen weiterführen werden, um den gemeinsamen Verhandlungstisch mit der Sowjetunion nicht zu verlieren?

Im Klartext: Was wird geschehen, wenn für die Vereinigten Staaten ihr Verhältnis zur Sowjetunion wichtiger wird als das Verhältnis zu den Verbündeten in Westeuropa?

Utopie? In der Politik - die Geschichte beweist es - ist nichts unmöglich!

Sicherheit und Entspannung sind für uns Sozialdemokraten erklärte oberste Ziele und zwar die Entspannung zwischen den Blöcken genauso wie die in Mitteleuropa. Wenn jedoch die Entwicklung andauern sollte, daß die Sowjetunion die SALT-Verhandlungen unter anderem dazu benutzt, ein Sonderverhältnis zu den USA herauszukristallisieren, dann werden wir Europäer genau überlegen müssen, daß diese beiden Entspannungsziele zwar der gleichen Medaille angehören, sich aber auf zwei verschiedenen Seiten dieser Medaille befinden. Und wir werden uns verstärkt angewöhnen müssen, die militärischen Aspekte von den politischen fein säuberlich zu trennen.

In jedem Fall: Einfach ist unsere Lage nicht, und so sehr wir wünschen müssen, daß SALT II ratifiziert wird, so sehr sollten wir uns fragen: Und was kommt danach?

(-/13.6.1979/bgy/ca)

+

+

+



Alles spricht für die Gesamtschule  
-----

Das dreigliedrige Schulsystem bedarf einer pädagogischen Rechtfertigung

Von Gert Weisskirchen MdB

Stellvertretender Obmann der SPD-Fraktion im Bundestagsausschuß für Bildung und Wissenschaft

Die CDU/CSU, die sich andernorts gern als besonders europäische Partei vorstellt, gerät mit ihren bildungspolitischen Forderungen zur Fortschreibung des Bildungsgesamtplans immer mehr ins provinzielle Abseits: Ist die Gesamtschule in unseren Nachbarländern in ihren Vorzügen und Erfolgen längst erkannt worden, so stellt sich die CDU/CSU-Opposition immer noch blind und schwingt sich wieder einmal zur Hüterin des veralteten dreigliedrigen Schulsystems auf. Die dreigliedrige Schule - in vielen Ländern Europas längst abgeschafft - hat die Bildungsbarrieren für bisher benachteiligte Schülerinnen und Schüler zementiert und läuft einer Verstärkung der Chancengleichheit, wie sie nach den Wertvorstellungen des Grundgesetzes und der Verfassungen der Bundesländer gefordert ist, zuwider. Die CDU/CSU geht in ihrer Erklärung von dem Grundsatz aus, die Bildungspolitik müsse sich "an der bestmöglichen Förderung der Lebens- und Berufschancen des einzelnen Bürgers orientieren".

Dieser Aussage kann niemand, der ernst genommen werden will, widersprechen. Die Schlußfolgerungen aber, die die CDU/CSU daraus zieht, sind allerdings überhaupt nicht dazu geeignet, den einzelnen Bürgern bestmögliche Förderung der Lebens- und Berufschancen zu ermöglichen. Die Ergebnisse, die bisher über die in der Bundesrepublik durchgeführten Modellversuche der integrierten Gesamtschule vorliegen, strafen die Behauptungen der CDU/CSU Lügen.

Seit der Einführung der ersten integrierten Gesamtschule sind kaum zehn Jahre ins Land gegangen. Mittlerweile besuchen über 200.000 Jugendliche Gesamtschulen. Die zu Beginn stürmische Entwicklung ist zwar etwas abgeklungen, dennoch wurde das 1969 vom Deutschen Bildungsrat empfohlene Versuchsprogramm von mindestens 40 Gesamtschulen mit heute 161 integrierten und 154 kooperativen Gesamtschulen weit überschritten.

Im Gegensatz zur Auffassung des bildungspolitischen Sprechers der Opposition, Anton Pfeifer und seines Obmann-Kollegen Volker Rühle, verfügen wir derzeit über durchaus geeignetes Material zum Vergleich der Leistungsfähigkeit zwischen dreigliedrigem Schulsystem und Gesamtschule. Nach den Zwischenergebnissen und Untersuchungen kann der einzelne Schüler an der Gesamtschule besser nach seinen individuellen Neigungen und seinem Leistungsvermögen entsprechend gefördert werden als im dreigliedrigem Schulwesen. Das Förderungssystem der Gesamtschule führt dazu, daß immer weniger Schüler die Schule ohne Abschluß verlassen. Als Beispiel kann hierfür die integrierte Gesamtschule in Freiburg, wo dieser Tage neue Abschlußzahlen veröffentlicht wurden, gelten. In Freiburg haben lediglich zirka ein Prozent der Schüler ohne einen Hauptschulabschluß die Schule verlassen. Die Zahl der Kinder, die einen Realschulabschluß erreichen, konnte erheblich gesteigert werden. Bei der Gesamtschule Weinheim (Bergstraße) erreichten, so die neuesten Zahlen, 15 Prozent der Schüler des ersten Jahrgangs einen Hauptschulabschluß, 65 Prozent der Schüler verließen die Schule nach Abschluß der Sekundarstufe I und 20 Prozent des ersten Jahrgangs legten das Abitur ab, im übrigen mit einem Notendurchschnitt, der sich von dem Landesdurchschnitt nicht unterscheidet.

Das gleiche gilt für die Gesamtschule in Freiburg, wo die Prüfungskommission über die Ergebnisse überrascht war. Bundesweit gilt: Mehr als doppelt so viele Schüler als im



dreigliedrigem Schulsystem haben die Chance, einen qualifizierten Abschluß zu erreichen.

Dies alles - und vielleicht ist dies der Kernpunkt der oppositionellen Kritik - bringt uns einem Abbau der Benachteiligung bestimmter Gruppen näher. Die Frage liegt nahe, für wen betreibt die CDU/CSU Bildungspolitik? Ein eindrucksvolles Beispiel, das den Verdacht einer bildungspolitischen konzertierten Aktion nahelegt, lieferte dieser Tage der hessische Elternverein, der dazu aufgerufen hat in einem Volksbegehren, die Förderstufe wieder abzuschaffen. Bestimmte Kreise in unserer Bevölkerung werden also von der Angst um die Bildungsprivilegien ihrer Kinder geplagt und haben dem Ausbau des offenen Bildungswesens den Kampf angesagt. Es ist klar, daß die Konkurrenz um Studienplätze und höhere Positionen bei zwanzig Prozent Abiturienten härter ist als bei nur fünf Prozent Abiturienten jedes Jahrgangs.

Die Gesamtschule fördert Toleranz, Zusammenarbeit, Selbstvertrauen, die Bereitschaft zum Kompromiß und die soziale Integration. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist der Auffassung, daß gerade dieses Untersuchungsergebnis für die Gestaltung und die Sicherung unserer demokratischen Gesellschaftsordnung außerordentlich bedeutsam ist. Der Verzicht auf die frühe Festlegung auf bestimmte Bildungsgänge und damit vorgegebene Abschlüsse, wie sie im dreigliedrigen Schulsystem vorgesehen sind, bringt eine mehr an der Leistung orientierte und weniger durch die soziale Herkunft geprägte Verteilung der Aufstiegschancen der Jugendlichen. Alle Forschungsergebnisse zum Thema Gesamtschule sprechen für einen weiteren und verstärkten Ausbau dieser Schulform. Dies geht auch aus der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Koalitionsfraktionen hervor.

Wir Sozialdemokraten sind der Meinung, daß die Ergebnisse der Gesamtschule eine Sprache sprechen, nach der künftig weniger die Gesamtschule als vielmehr das dreigliedrige Schulsystem seiner pädagogischen Rechtfertigung bedarf.

Dies leugnet die Opposition, indem sie fragwürdige Zahlenspiele mit der Schüler-Lehrer-Relation durchführt und behauptet, die Ergebnisse der Gesamtschule seien wegen der besseren Ausstattung und der besseren Lehrerversorgung nicht mit denen des dreigliedrigen Schulsystems vergleichbar. Diese Spielereien machen deutlich, daß sich die CDU/CSU bildungspolitisch in der Frage der Gesamtschule auf dem Rückzug befindet.

Und noch einmal: Die Opposition, die sich andernorts gerne als die europäischste aller deutschen Parteien darstellt, sollte den Blick über den Grenzen hinweg ins europäische Ausland wagen, sich von eindeutigen Tatsachen überzeugen lassen und das Festhalten an bildungspolitischen Ladenhütern aufgeben. In diesem Licht sind auch Drohungen der Opposition zu beurteilen, den Bildungsgesamtplan scheitern zu lassen, wenn die Gesamtschule als eine Regelschule eingerichtet würde. Die CDU/CSU würde mit einer negativen Entscheidung zum Bildungsgesamtplan ihre europäische Schlußkontrolle eindrucksvoll bestätigen. Wie sie das dann ihren konservativen Kollegen im neu gewählten Europaparlament erklären will, darüber darf jetzt schon gerätselt werden.

(-/13.6.1979/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

